

Vorläufiges Protokoll

der öffentlichen Sitzung des Gemeinderates Dammbach vom Freitag, 21.12.2018 um 18:00 Uhr im Rathaus, Wintersbacher Str. 141, Dammbach

Teilnehmer:

1. Bürgermeister

Bauer, Roland CSU/FWG

2. Bürgermeister

Lattus, Christian CSU/FWG

Mitglieder Gemeinderat

Amrhein, Rigobert UWG

Amrhein, Waltraud UWG

Bauer, Karl CSU/FWG

Beck, Markus CSU/FWG

Brand, Günter UWG

Hock, Franz UWG

Knehrler, Sebastian CSU/FWG

Schäfer, Ralf UWG

Spielmann, Patrick

Verfürth, Steffen UWG

Wirth, Christian CSU/FWG

Schriftführer

Joe, Niklas

Verwaltung

Bathon, Christina, Geschäftsleiterin

1. Begrüßung und Protokollanerkennung

Der Bürgermeister begrüßt die Gemeinderäte, die Geschäftsleiterin, den Schriftführer und alle anwesenden Zuhörer.

Er stellt die ordnungsgemäße Ladung und die Beschlussfähigkeit des Gremiums fest.

Gegen die Tagesordnung werden keine Einwände erhoben.

Keiner der anwesenden Zuhörer möchte das Wort an den Gemeinderat richten.

Aus dem Gemeinderat wird zum Protokoll der Sitzung am 28.11.2018 angemerkt, dass bei Tagesordnungspunkt 3 vor die in der Sitzung beanstandeten beziehungsweise kommentierten Punkte die entsprechenden Punkte aus dem Protokoll der Rechnungsprüfung eingefügt werden sollen.

Einstimmig wird unter Enthaltung des in der letzten Sitzung abwesenden Rigobert Amrhein und unter Berücksichtigung der vorgeschlagenen Änderungen das Protokoll der Sitzung vom 28.11.2018 anerkannt.

2. Bauliche Angelegenheiten

2.1. Bericht zum Sachstand der Sanierung des Kindergartens (Anlage)

Der Bürgermeister verliest den Aktenvermerk zum Sachstand der Sanierung des Kindergartens vor. Demnach hat am 15.11.2018 Herr Öchsner vom Bistum Würzburg im Bezug auf die geplante Sanierung des Kindergartens angerufen. Er teilte mit, dass es entgegen der bisherigen Stellungnahme in den Baufallberichten mittlerweile zuwendungsschädlich ist, bereits die Leistungsphase drei an einen Architekten zu vergeben. Eine Vergabe an Architekten sollte nur nach Genehmigung durch die Regierung erfolgen. Bei Neubauten kann es notwendig sein, das VGV Verfahren durchzuführen um einen Architekten zu ermitteln. Ansonsten besteht die Gefahr, dass die Förderung nicht gewährt wird, sollten die Schwellenwerte für das VGV-Verfahren erreicht werden.

Aus dem Gemeinderat wird nachgefragt, was das VGV Verfahren ist.

Es wird erklärt, dass es sich hierbei um ein verbindliches europaweites Ausschreibungsverfahren handelt.

Anschließend wird nach dem Sachstand der treuhänderischen Übernahme gefragt. Der Bürgermeister erklärt, dass es hier nichts Neues gibt. Es wird angemahnt, dass der Bau nicht starten kann, solange die Übernahme nicht erfolgt ist.

Hier sieht der Bürgermeister keine besondere Eilbedürftigkeit, da die Erweiterung des Kindergartens St. Martin aus Zuwendungsgründen frühestens 2022 erfolgen kann.

Der Bürgermeister erwidert, dass die Gemeinde die Bauherrschaft beim Kindergarten sowieso treuhänderisch übernimmt, man sich allerdings über den Umfang der Übernahme Gedanken machen soll.

Herr Englert, der Bautechniker der Verwaltungsgemeinschaft Mespelbrunn, kann dieses Projekt nicht alleine bearbeiten, ein Ingenieurbüro muss zusätzlich beauftragt werden.

Die Kosten, die damit auf die Gemeinde insgesamt zukommen, sind nicht abschätzbar.

Von einem anderen Mitglied des Gemeinderats wird nachgefragt, ob es einen Termin gibt, bis zu dem über die treuhänderische Übernahme entschieden sein muss.

Frau Bathon erklärt, dass die Förderung von Baumaßnahmen zu einem bestimmten Zeitpunkt ausläuft. Gleichzeitig merkt sie an, dass die Verwaltung nicht die ganze Arbeit für die Baumaßnahme tragen kann und ein externes Planungsbüro engagiert werden muss.

Die Vorsitzende des Kindergarten und Pflegevereins von Annika Schäfer erklärt, dass der Kindergarten nur noch für das laufende Kindergartenjahr bis September eine Ausnahme genehmigung für eine Überbelegung im Kindergarten hat. Bis dahin müssen Gemeinde und Trägerverein nachweisen, wie weit die Planungen für eine Erweiterungs- Sanierungsmaßnahme gediehen sind, da der Kindergarten bereits jetzt überbucht ist.

Aus dem Gemeinderat wird angesprochen, dass es kein Szenario gibt, in dem die Gemeinde die treuhänderische Übernahme ablehnt. Dem stimmt der Bürgermeister zu.

Es wird kritisiert, dass man von Seiten der Gemeinde der Ausweisung einer dritten Kindergartengruppe nicht hätte zustimmen dürfen. Der Bürgermeister erwidert, dass die Gemeinde verpflichtet ist, eine dritte Gruppe zu genehmigen. Wie dies umgesetzt wird, war bei der Entscheidungsfindung nicht vorrangig zu betrachten.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

2.2. Anbau einer Lagerhalle für die Passionsspiele - Beschluss über erforderliche Vermessung (Verschmelzung der Grundstücke – wird vom LRA/Bauamt gefordert)

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Grundstücke, auf denen die Lagerhalle für die Passionsspielutensilien gebaut werden soll, zunächst verschmolzen werden müssen, bevor die Bauaufsichtsbehörde des Landratsamtes eine Baugenehmigung erteilt.

Von einem unter den Zuschauern anwesenden Passionsspielausschussmitglied wird mitgeteilt, dass die anfallenden Kosten für die Vermessung des Grundstücks vom Passionsspielausschuss getragen werden. Dies wurde vorab auch der Geschäftsleiterin Frau Bathon in einem persönlichen Gespräch zugesagt.

Die beiden Grundstücke Fl.Nr. 2943/33 und 2943/59 sollen allerdings nicht vollständig zu einem großen Grundstück verschmolzen werden, stattdessen soll nur ein für den Anbau benötigtes Teilstück des Grundstücks Fl.Nr. 2943/59 mit dem Grundstück Fl.Nr. 2943/33 verschmolzen werden.

Einstimmig beschließt der Gemeinderat, die Vermessung und anschließende Verschmelzung der Grundstücke zu beantragen.

3. Fragen zu laufenden Projekten

3.1. Höchstgeschwindigkeitsschilder auf der Strecke zum Rohrbrunn

Aus dem Gemeinderat wird erklärt, dass auf der Strecke nicht wie zunächst angenommen Höchstgeschwindigkeitsschilder stehen, sondern nur ein Schild, das auf eine gefährliche Stelle hinweist, Frau Bathon will dies beim Staatlichen Bauamt anregen.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

3.2. Begehung gemeindliche Außenflächen

Aus dem Gemeinderat wird nach den Ergebnissen der Begehung der gemeindlichen Außenflächen gefragt.

Der Bürgermeister erklärt, dass dies zurzeit noch vom Bauamt bearbeitet wird und noch keine Ergebnisse vorliegen.

Es wird nachgefragt, wann die Ergebnisse vorliegen. Dies ist allerdings noch unbekannt.

Ein anderes Mitglied des Gemeinderats kritisiert, warum die Ergebnisse noch im Bauamt hängen. Man könnte auch nach und nach kleinere Maßnahmen machen, anstatt Alles auf einmal.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

3.3. Begutachtung gemeindliche Häuser

Auch hier wird nachgefragt, wann die anfallenden Kosten ermittelt sind. Wie auch bei den Außenanlagen ist das Bauamt noch nicht vollständig fertig mit der Auswertung.

Es wird angemerkt, dass man solche Aufgaben alternativ auch an ein Büro in der freien Wirtschaft abgeben könnte. Gerade da Herr Englert im kommenden Jahr nicht durchgehend da ist, werden die Maßnahmen in auch länger dauern.

Frau Bathon erklärt, dass sie mit den Bürgermeistern ein Gespräch führen wird, in denen die Prioritäten bei den Baumaßnahmen für das nächste Jahr festgelegt werden. Dabei soll auch geklärt werden, welche Aufgaben die Verwaltung nicht tragen kann und daher an außenstehende Unternehmen abgegeben werden sollen.

Zu diesem Gespräch möchte Herr Lattus eingeladen werden.

Ein Gemeinderatsmitglied möchte wissen, warum die Verwaltung überhaupt an den Großprojekten arbeitet und diese nicht vollständig von anderen Unternehmen übernommen werden. Frau Bathon gibt zu verstehen, dass die Verwaltung immer involviert ist, auch wenn Büros einen großen Teil der Arbeit machen.

Von einem anderen Mitglied wird angemahnt, dass es Aufgabe des Bürgermeisters ist, Projekte auszuschreiben und dass dies in Zukunft schon im Gemeinderatsbeschluss festgelegt werden soll.

Dies wird von einem anderen Mitglied dahingehend richtiggestellt, dass der Bürgermeister bei den heutigen strengen Vorschriften, die es zu beachten gilt, nicht selbst ausschreiben kann.

Ein Mitglied schlägt vor, dass die Liste mit den anstehenden Projekten mit in den Gemeinderat gebracht wird und dann die Prioritäten festgelegt werden sollen. Teilweise können Aufträge so auch gleich vergeben werden, ohne dass das Bauamt das machen muss.

Außerdem wird vorgeschlagen, dass bei der nächsten VG Versammlung überlegt werden sollte, ob ein weiterer Bautechniker eingestellt wird, da sich die Großprojekte im VG Gebiet häufen. Zusätzlich sollte überlegt werden, worin das Problem für die langsame Bearbeitung der Baumaßnahmen liegt.

Von anderer Stelle wird angesprochen, dass die Grundschule im September 2018 Thema im Gemeinderat war, bis heute aber keine Ausschreibung erfolgt ist.

Frau Bathon erklärt, dass es eine interne Besprechung mit Teilnahme des Bauamts und des Bauausschusses geben wird, in der die offenen Projekte durchgeschaut werden sollen und festgelegt werden soll, was am wichtigsten ist.

Weiterhin wird aus dem Gemeinderat kritisiert, dass der Bürgermeister zu viele Aufgaben an die Geschäftsleitung abgibt, anstatt diese selbst zu erledigen.

Der Bürgermeister erläutert, dass er sich an den Geschäftsverteilungsplan hält und trotzdem bei weitem nicht alles an die Geschäftsleitung weitergibt. Gleichzeitig lädt er das kritisierende Mitglied ein, sich die Vorgänge in der Verwaltung doch einmal persönlich anzuschauen, nur dann könne er auch konstruktiv kritisieren.

Zusätzlich wird das Vorgehen bei der Ausschreibung für die Heizung im alten Rathaus kritisiert. Keine der Maßnahmen war ausgeschrieben.

Der Bürgermeister erklärt, dass die Ausschreibung ohne Herr Englert erfolgt ist, da er zu diesem Zeitpunkt nicht anwesend war. Dies hat zu Schwierigkeiten bei der Ausschreibung geführt.

Ein Mitglied stimmt dem Bürgermeister zu, dass eine Ausschreibung nicht durch den Bürgermeister selbst erfolgen kann.

Ein anderer Gemeinderat merkt an, dass man sich in der Verwaltung Gedanken machen sollte, wieviel Personal für das Bauamt notwendig ist.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

3.4. Ausweisung Mountainbike-Strecke

Aus dem Gemeinderat wird gefragt, wie der Sachstand bei der Ausweisung der Mountainbike-Strecke ist.

Der Bürgermeister informiert, dass man mit der Gemeinde Heimbuchenthal abklärt, wo dort die Strecke verläuft, da die Strecke in Dammbach dort anschließt.

Aus dem Gemeinderat wird ergänzt, dass in Dammbach große Teile durch Privatwald laufen würden. Zusätzlich müsste man die Ausweisung der Strecke mit den Jagdpächtern abstimmen.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

3.5. Kostenbericht Hang TSV Krausenbach

Aus dem Gemeinderat wird nach dem Abschlussbericht über die Kosten für die Arbeiten am Hang des TSV Krausenbach gefragt. Dieser liegt noch nicht vor, obwohl beschlossen wurde, dass nach Abschluss der Maßnahme dem Gemeinderat ein Bericht über die Kosten vorgelegt wird.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

3.6. Überprüfung der von der AMME vorgeschlagenen Methode zur Entsäuerung des Trinkwassers durch das Ingenieurbüro Arz

Ein Gemeinderatsmitglied fragt nach den Ergebnissen der Überprüfung des von der AMME vorgeschlagenen Verfahrens zur Entsäuerung des Trinkwassers.

Der Bürgermeister teilt mit, dass das Büro Arz die Bedenken teilt und dass dies bereits von Frau Eick vom Ingenieurbüro Arz im Gemeinderat in der November-Sitzung dargelegt wurde. Er bittet den Gemeinderat doch um etwas mehr Aufmerksamkeit.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

3.7. Umrüstung der Straßenbeleuchtung auf LED

Auf die Frage aus dem Gemeinderat hin erklärt der Bürgermeister, dass die Umrüstung bereits läuft.

Zusätzlich wird gefragt, ob die damals gestellten Fragen bereits beantwortet sind. Hierbei geht es vor allem um die Überspannschäden. Hier wird Frau Bathon noch einmal bei Frau Pfaff nachfragen.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

3.8. Ermittlung der Schwellenwerte für die Trinkwasserversorgung

Es wird nachgefragt, wie weit die Verwaltung bei der Ermittlung der Kosten für Kanal- und Wasserinvestitionen gekommen ist.

Der Bürgermeister teilt mit, dass die Verwaltung an der Sache arbeitet.

Es entsteht eine Diskussion darüber, dass es noch immer keinen Termin gibt, wann die Zahlen vorliegen.

Der Bürgermeister gibt zu bedenken, dass sich die Ermittlung der Kosten auch durch das kurzfristige Ausfallen des Kämmerers, Herr Aulbach, verzögert, er aber mit dem Auszubildenden Niklas Joe eine tatkräftige Unterstützung hat, die ihm sehr viel Recherchearbeit abnimmt.

Hierfür lobte der Bürgermeister Niklas Joe ausdrücklich.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

4. Aktuelle Informationen des Bürgermeisters

4.1. Beschwerde eines Bürgers über die Auskolkungen des Dammbachs

Der Bürgermeister informiert den Gemeinderat, dass sich ein Bürger erneut über die Auskolkung am Dammbach beschwert hat.

Zunächst hatte die Firma Marek den Auftrag für die Arbeiten am Dammbach angenommen, diesen aber wegen der zahlreichen Auflagen und Wünsche des betroffenen Grundstückseigentümers wieder zurückgegeben.

Anschließend wurde der Auftrag der Firma Freier erteilt, aber auch diese Firma hat den Auftrag aus ähnlichen Gründen wieder abgegeben.

Die Gemeinde wird dem Grundstückseigentümer jetzt antworten, dass

1. unter diesen Voraussetzungen keine weiteren Aktivitäten von Seiten der Gemeinde angedacht sind und
2. die Kosten für die Arbeiten am Dammbach dem Besitzer des Grundstücks auch weiter verrechnet werden können.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

4.2. Volksbegehren "Rettet die Bienen"

Der Bürgermeister spricht das Volksbegehren "Rettet die Bienen" an.

Der Gemeinderat ist sich einig, dass man das Volksbegehren unterstützen will.

Der Bürgermeister ergänzt, dass den Bürgern angeboten wird, auch außerhalb der gewöhnlichen Öffnungszeiten der Verwaltungsgemeinschaft Mespelbrunn Donnerstagsabends ins Rathaus Dammbach zu kommen, um das Volksbegehren mit ihrer Unterschrift zu unterstützen.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

4.3. Der marode Bauwagen auf dem Grünabfallplatz muss ersetzt werden - Kostenrahmen ca. 4.000 €

Der Bürgermeister informiert über die anstehende Neubeschaffung eines Bauwagens für den Grünabfallplatz. Dazu sollen Baufirmen im Umkreis angefragt werden.

Die kurzfristige Recherche eines Gemeinderatsmitglieds im Internet hat ergeben, dass solche Bauwagen gebraucht von Privatpersonen ab 2.500 Euro erworben werden können.

Aus dem Gemeinderat wird gefragt, was genau am Bauwagen kaputt ist. Der Bürgermeister erläutert, dass der Boden durchgerostet ist.

Es wird nachgefragt, ob der Bauausschuss den Wagen besichtigen kann, um festzustellen, ob eine Reparatur möglich ist. Bürgermeister Bauer erklärt, dass man den Wagen nicht reparieren kann. Aus dem Gemeinderat wird erwidert, dass der Bauausschuss für solche Angelegenheiten wie die Besichtigung des Bauwagens da ist.

Dem widerspricht der Bürgermeister, solch eine Beschaffung falle in seine alleinige Kompetenz.

Der Bürgermeister führt aus, dass die Anschaffung von Containern zu teuer ist und das Aufstellen eines Gartenhauses einer Genehmigung bedarf.

Aus dem Gemeinderat wird der Antrag an die Geschäftsordnung gestellt, dass der Bauausschuss zur Besichtigung des Bauwagens zusammenkommt.

Bürgermeister Bauer wird diesen einberufen.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

4.4. Abschließender Sachstandsbericht über den Glasfaserausbau in Dammbach

Der Bürgermeister teilt dem Gemeinderat mit, dass die Erdarbeiten abgeschlossen und die Kabel verlegt sind. Die Bauabnahme wird ins neue Jahr vertagt.

Bürgermeister Bauer spricht auch noch einmal an, dass für höhere Übertragungsraten bei der Internetverbindung auch das Abschließen eines neuen, teureren Vertrags notwendig sei. Ab ca. Ende Februar 2019 stehe dann die volle Bandbreite zur Verfügung.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

4.5. Information zur Vereinbarung bzgl. einer privaten Gehsteigsanierung (Anlage)

Der Bürgermeister erklärt, dass der Bürger die Gehsteigreparatur selbst vornimmt. Er baut die Rinne selbst aus und wieder ein. Die Gemeinde übernimmt die Kosten für die Rinnensteine sowie für die Arbeitskosten. Die Materialien erhält der Bürger über einen Bekannten, der ihm alles besorgt.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

4.6. Aufstellung der Akkuladestation am Dorfladen

Der Bürgermeister liest den Brief des Vorsitzenden des Dorfladens an die Gemeinde vor.

Demnach ist der Dorfladen grundsätzlich damit einverstanden, die Fahrradladestation vor dem Dorfladen aufzustellen. Gleichzeitig wird die Gemeinde aber auch darum gebeten, die Kosten für Inbetriebnahme und Strom zu tragen.

Laut einem fachkundigen Gemeinderatsmitglied belaufen sich die Stromkosten monatlich auf ca. 15 Euro.

Die Gemeinde Dammbach wird jedoch weder die Strom- noch die Anschlusskosten bezahlen. Dies wird er auch letztmalig dem Dorfladenteam mitteilen.

Sollte bis zum 06.01.2019 keine positive Rückmeldung bezüglich der Kostenübernahme erfolgt sein, wird die Station am Maria-Stern-Platz / anderweitig aufgestellt.

Aus dem Gemeinderat wird gefragt, ob darüber ein Beschluss gefasst werden soll.

Der Bürgermeister teilt mit, dass darüber kein Beschluss gefasst wird, da dies in seine alleinige Kompetenz falle.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

4.7. Verkauf der alten Atemschutzgeräte der Feuerwehr Dammbach an Stadt Nördlingen

Der Bürgermeister verkündet, dass die Stadt Nördlingen Interesse daran hat, die acht alten Atemschutzgeräte inkl. der 16 Masken für 6.400 Euro zu kaufen.

Da die Feuerwehr Dammbach jetzt im Atemschutzpool der Feuerwehr Goldbach ist, werden die alten Geräte nicht mehr benötigt.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

4.8. Waldwegebau

Der Bürgermeister bittet ein Gemeinderatsmitglied, das Kassier bei der Jagdgenossenschaft Wintersbach ist, dass diese den der Gemeinde zugesicherten Anteil an den Kosten für den Ausbau des Kringelweges an die Gemeinde überweist.

Dieser wollte aber eine schriftliche Anforderung der Gemeinde.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

5. Anfragen gemäß § 30 der Geschäftsordnung über solche Gegenstände, die in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen und nicht auf der Tagesordnung stehen

5.1. Stromkosten Geldautomat im Rathaus

Aus dem Gemeinderat wird nachgefragt, ob die Stromkosten des Geldautomaten im Rathaus erfasst worden sind.

Der Bürgermeister antwortet, dass die Stromkosten überprüft worden sind und die Miete, die die Banken zahlen, diese gut abdeckt. Außerdem wird der Geldautomat sehr häufig genutzt.

Es wird zusätzlich gefragt, ob die Gemeinde mit der Vermietung des Raumes Geld verdient. Dies verneint der Bürgermeister allerdings, da kaum Geld übrig bleibt, wenn man die Stromkosten abzieht. Er sehe dies als Dienstleistung an die Bürger an.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

6. Rückblick auf das Jahr 2018 - Ausblick auf das Jahr 2019

Der Bürgermeister gibt einen Rückblick über das Jahr 2018. Insgesamt wurden mehr als 600.000 Euro investiert, große Teile davon wurden für die neue Beleuchtung im Zeilacker, sowie die Umrüstung der Straßenlampen auf LED-Leuchtmittel und für den DSL Ausbau ausgegeben.

Für das Jahr 2019 werden vor allem Investitionskosten für die Ultrafiltrationsanlage und die Brücken in der Mühlgasse und im Kehrweg anfallen.

Der Gemeinderat nimmt dies zur Kenntnis.

Ende der Sitzung 19:16 Uhr

Roland Bauer
1. Bürgermeister

Niklas Joe
Schriftführer/in